



**16. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation,
Transparenz und Digitalisierung**

Gremium: Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 09.11.2021, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**
- 3 Haushalt 2022**
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung" Fraktion Freie Demokraten
21/SVV/0910
 - 4.2 Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City Fraktion Freie Demokraten
21/SVV/0919
- 5 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 5.1 Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
21/SVV/1009
- 6 Partizipation**
 - 6.1 Bericht des Beteiligungsrates
 - 6.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung (Schlaatz 2030)

- 6.3 Information zur Weiterentwicklung des "Potsdamer Modells" zur Bürgerbeteiligung
- 6.3.1 Information
- 6.3.2 Diskussion
- 6.4 Umgang mit Petitionen - Zwischenstand
- 6.5 Information zur Neubesetzung des Beteiligungsrates
- 7 Digitalisierung**
- 7.1 Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- 7.2 Information zur Verbandsversammlung Zweckverband Digitale Kommune
- 8 Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021**
- 10 Information zur Vergabe einer Moderation**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0910

öffentlich

Betreff:

Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 26.08.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
22.09.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit Tallinn (Estland) und/oder mit Darmstadt (Bundesland Hessen) in einen engen fachlichen Erfahrungsaustausch zu treten mit dem Ziel, entsprechende Abläufe in den Verwaltungseinheiten auf Basis qualifizierter Erfahrungen der Städte zu optimieren und das Vorhaben „Smart City“ in der Landeshauptstadt Potsdam zu erleichtern.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Digitalisierung in der Verwaltung bietet vielfältige Möglichkeiten, Strukturen und Abläufe zu optimieren, effektiver zu gestalten und somit noch bürgerorientierter auszurichten. Jedoch sind der organisatorische Ansatz und die Festschreibung digitaler Prozesse entscheidend für den Erfolg.

Die Stadt Darmstadt ist von der Größe und der Struktur mit Potsdam vergleichbar. Die Entwicklung digitaler Strukturen sind in Darmstadt bereits weit fortgeschritten und umfassen viele Themenbereiche, die auch für Potsdam relevant sind. Mit der Vergabe der Bundesmittel „Smart City“ an die LH Potsdam würde durch den Austausch hier ein Kompetenzzuwachs und daraus resultierend ein Zeitgewinn entstehen.

Tallinn, die Hauptstadt von Estland, ist in Europa Vorreiter und Blaupause für die erfolgreiche Umsetzung von Digitalisierung in Behörden und Verwaltung. Die Dimensionen der Digitalisierung sind hier besonders gut greifbar. Fast alle Bürgerservices sind digital und für die Einwohner von zu Hause aus zugänglich. 99 Prozent aller Verwaltungsleistungen stehen online und datenschutzkonform nach Europäischen Datenschutzrecht zur Verfügung. Potsdam kann bei der Digitalisierung der Verwaltung, der Bürgerservices und komplexer digitaler Vernetzung von einem erfahrenen und erfolgreichen städtischen Partner wie Tallinn in seiner Komplexität partizipieren.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0919

öffentlich

Betreff:

Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City

neue Fassung

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: **09.09.2021**

Freigabedatum: 09.09.2021

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
22.09.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Verbesserung des Austauschs zwischen Politik und Verwaltung und zur Optimierung des Vorhabens Modellkommune Smart City soll ein geeignetes Gremium, z.B. ein fachlicher Beirat „Digitalisierung“ eingesetzt werden. Hierzu wird der Oberbürgermeister beauftragt, der SVV einen Vorschlag zur Einsetzung zu unterbreiten.

gez. S.Becker, B.Teuteberg
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen: Klimatische Auswirkungen: **Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In einem solchen Gremium sollen die für Digitalisierung zuständigen Leitenden der Verwaltung, sowie qualifizierte/r Vertreter oder Experten der Fraktionen der SVV vertreten sein. Dieses Gremium „Digitalisierung“ soll in einem regelmäßigen Rhythmus tagen und als Expertenrunde den Austausch für das Digitalisierungsvorhaben Modellkommune „Smart City Potsdam“ in einzelnen Bereichen intensivieren und unterstützen. Ergebnisse und Empfehlungen übermittelt das fachliche Gremium an die Stabsstelle „Digitalisierung“.

Dieses Gremium als Expertenkreis kann das Thema Digitalisierung besser beleuchten und begleiten. Hier werden inhaltliche Themen disziplinar diskutiert und erarbeitet. Die Ergebnisse werden der Stabsstelle „Digitalisierung“ als Empfehlung übergeben und in den Ausschüssen präsentiert. Der Vorteil für die Fraktionen liegt in einer wesentlich fundierteren politischen Betrachtungs- und Entscheidungsmöglichkeit, für die Verwaltung ergibt sich eine feste Struktur des fachlichen Austauschs und für die Landeshauptstadt Transparenz, eine ausschussübergreifende Bündelung der Informationen und eine zeitliche Entlastung.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/1009

Betreff:

öffentlich

Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken

bezüglich

DS Nr.: 21/SVV/0636

Erstellungsdatum 15.09.2021

Eingang 502: 16.09.2021

Einreicher: Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

22.09.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschlussfassung vom 2.6.2021 hat sich die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam dafür ausgesprochen,

„ein breit zugängliches Dialogforum zu Fragen des sozialen Wohnens in Potsdam einzurichten. In dem Dialogforum soll es insbesondere darum gehen, wirksame Instrumente der sozialen Wohnungsversorgung in Potsdam im Rahmen einer öffentlichen Diskussion zu entwickeln. Dabei soll der ausgewogene Ausgleich zwischen - sozialverträglichen Mietbelastungen von Haushalten mit niedrigen Einkommen, - die Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen und -die konsequente Umsetzung der energetischen und generationsgerechten Sanierung des kommunalen Wohnungsbestandes die Grundlage für eine beständige soziale Wohnraumversorgung und eine nachhaltige Quartiersentwicklung sein“ (Beschluss 21/SVV/0636, Punkt 6).

Mit dieser Mitteilungsvorlage wird der Beschlussfassung entsprechend der nachfolgende Umsetzungsvorschlag vorgelegt.

„Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung“ ist eines der zentralen strategischen Ziele der Landeshauptstadt Potsdam und einer von insgesamt sechs Handlungsschwerpunkten in der aktuellen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung. Unter dieser Zielstellung wird bereits eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten durch die Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt. Es fehlt jedoch bislang an einer guten und umfassenden Kommunikation hierzu wie auch an der Möglichkeit, mit der Bewohnerschaft Potsdams über Ideen und Lösungsvorschläge in den Dialog zu treten, wie das Wohnen in Potsdam bezahlbar und bedarfsgerecht gestaltet werden kann.

Fortsetzung auf Seite 3

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.

Fazit finanzielle Auswirkungen:

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Geschäftsbereich 5

Fortsetzung der Mitteilung:

Das Dialogforum bietet eine gute Möglichkeit und einen wichtigen Baustein, um die Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern Potsdams zum Politikfeld Wohnen neu aufzustellen und zugleich ein Beteiligungsformat zur gemeinsamen Diskussion konkreter Handlungsvorschläge mit Verwaltung, Politik und Fachöffentlichkeit zu verknüpfen.

Da in dem öffentlichen Dialogforum konkrete Ideen für Instrumente der Wohnraumversorgung entwickelt und diskutiert werden sollen, besteht ein enger Bezug zur Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Einbettung des Dialogforums in die Fortschreibung ist insofern sinnvoll. So lassen sich Parallelprozesse vermeiden und es kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse des Dialogprozesses bei der Fortschreibung der konzeptionellen Grundlagen zum Themenfeld Soziale Wohnraumversorgung Berücksichtigung finden.

Auch gibt es bereits Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren in diesem Zusammenhang: bereits die Aufstellung des wohnungspolitischen Konzepts in den Jahren 2014 und 2015 fand unter öffentlicher Beteiligung statt. Unter Mitwirkung der „WerkStadt für Beteiligung“ der Landeshauptstadt Potsdam wurden durch die damaligen Auftragnehmer verschiedene Dialog- und Beteiligungsformate durchgeführt. Neben öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Auftakt und Abschluss und Fachgesprächen zählten dazu auch drei öffentliche Werkstätten. Auch sie dienten bereits der Kommunikation und dem Austausch zwischen Fachpublikum und Bürgerschaft sowie dem Entwickeln und Diskutieren von Ideen und Anregungen für Maßnahmen und Instrumente in den Handlungsfeldern Neubau und Bestandsentwicklung sowie zur Erörterung grundsätzlicher Fragen zur Daten-, Informations- und Wissensbasis für die kommunale Wohnungspolitik.

Anknüpfend an die guten Erfahrungen dieses Beteiligungsprozesses ist im Rahmen der Vergabe erneut vorgesehen, dass in den Angeboten Vorschläge und Konzeptionen zur öffentlichen Beteiligung im Rahmen der Fortschreibung dargestellt werden. Dabei sollen sowohl digitale Formate als auch Veranstaltungen in Präsenz Berücksichtigung finden. Die Fachbereiche Kommunikation und Partizipation sowie Wohnen, Arbeit und Integration haben verabredet, das Dialogforum als Pilotvorhaben im Rahmen der strategischen Weiterentwicklung der strukturierten Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen. Die WerkStadt für Beteiligung wird dafür an der Formulierung der Leistungsbeschreibung und im Auswahlverfahren für die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts mitwirken.

Finanzielle Mittel für die Fortschreibung sind im aktuellen Haushalt vorhanden. Das Vergabeverfahren soll möglichst noch in diesem Jahr abgeschlossen werden und die Arbeit an der Fortschreibung aufgenommen werden. Sofern dies gelingt, ist auch eine Aufnahme des Dialogforums in diesem Jahr möglich. Für die Fortschreibung des Konzepts ist ein Zeitraum von eineinhalb Jahren vorgesehen. Der öffentliche Beteiligungsprozess soll sich über den gesamten Bearbeitungszeitraum erstrecken.